

**HESSISCHER LANDTAG**

27.10.2009

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen***Änderungsantrag****der Fraktionen der CDU und der FDP****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)****Drucksache 18/1013****Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 10 Allgemeine Bewilligungen Berufliche Bildung
Buchungskreis: 26 95

Förderproduktnummer 49
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Programme zur Erstausbildung

Veränderung

von um auf

Leistungsplan:

Menge : Neue Maßnahmen	2.900	-1.080	1.820
-------------------------------	-------	--------	-------

Änderung der Leistungsplan-Erläuterungen (Förderproduktblatt):

Der Mengenkorridor verringert sich auf 1.300 – 2.300.

Verpflichtungsermächtigungen:**Beträge in EUR**

Verpflichtungsermächtigungen	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigung 2011	10.524.900	-3.394.900	7.130.000
Verpflichtungsermächtigung 2012	4.150.000	+1.770.000	5.920.000
Verpflichtungsermächtigung 2013	1.775.000	+1.624.900	3.399.900
Gesamtverpflichtung	16.449.900	0	16.449.900

Sonstige Veränderungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) bei Titel 683 (683 03) ändern sich wie folgt:

VE zu Lasten 2010 von 7.100.000 € um 3.394.900 € auf 3.705.100 €

VE zu Lasten 2011 von 3.000.000 € um 1.770.000 € auf 4.770.000 €

VE zu Lasten 2012 von 1.075.000 € um 1.624.900 € auf 2.699.900 €

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Das Land stellt die Förderung von Altbewerbern wegen der konkurrierenden Bundesförderung im Bundesprogramm „Ausbildungsbonus“ teilweise und befristet für 2010 ein. Die hierdurch freiwerdenden Verpflichtungsermächtigungen werden auf die anderen Programme zur Erstausbildung verteilt – schwerpunktmäßig auf die Programme „Ausbildungsstellen für Auszubildende aus insolventen Betrieben“, „Ausbildung in Partnerschaften“ sowie auf die im Rahmen des Hessischen Paktes für Ausbildung (2010 bis 2012) als vorrangig vereinbarte Maßnahmen innerhalb der Programme „Verbesserung des Ausbildungsumfeldes“ (z.B. die landesweite Strategie OLoV (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen)) und „Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Berufsschule in Betrieb (QUABB)“ zur Verringerung der hohen Abbrecherquote bei den Ausbildungen.

Wiesbaden, 05. November 2009

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende
Dr. Christean Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende
Florian Rentsch